

Zeit für gutes Klima

Frau Ministerin, ein Wettbewerb beim Klimaschutz nach dem Motto „Wer bietet mehr“ sei nicht zielführend, haben Sie gesagt. Wie beurteilen Sie das Pokern um Quoten in Heiligendamm und zuvor in Brüssel?

Ich nehme zwar nicht mit Erstaunen, aber doch mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis, dass wir in einen Wettbewerb verfallen, bei dem jeder vorprescht und fordert, wer wie viel CO₂ bis wann zu reduzieren hat. Wir sollten uns nicht zu viel vornehmen. Bleiben wir realistisch.

Sie glauben also, dass die EU mit ihren Klimaschutzzielen scheitern wird?

Was beim Europagipfel Anfang März in Brüssel von den Mitgliedstaaten festgelegt wurde, halte ich durchaus für ein realisierbares Szenario. Den Anteil erneuerbarer Energien des Gesamtenergieverbrauchs auf 20 Prozent zu erhöhen, ist allerdings sehr ambitioniert, denn wir haben uns bisher nur bei der Stromerzeugung mit diesem Thema intensiv beschäftigt. Dennoch halte ich die Ziele für erreichbar.

Von heute an fahren im Land weniger Züge – weil der Staat spart. Fahrverbote für weniger Feinstaub in der Luft werden dagegen hinausgezögert. Ist das nicht ein falsches Signal an die Bevölkerung?

Verschiedene Politikbereiche jeweils auch unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes auszurichten ist ein neuer Aspekt, der deswegen auch ein gewisses Umdenken benötigt. Es ist eine Herausforderung, weil plötzlich ein Oberthema das Handeln in vielen Politikbereichen beeinflusst. Das braucht Zeit. Was das Gesetz zur Feinstaubbelastung betrifft, muss der Bund lernen, nicht einfach nur EU-Vorgaben umzusetzen, sondern er muss auch dafür sorgen, dass sie handhabbar gemacht werden.

Sonntagsausflüge werden mit dem Auto gemacht, nur wenig Familien steigen in den Zug. Wie reif halten Sie die Bürger, bei den Klimaschutzzielen mitzuziehen?

Wir erreichen die Ziele tatsächlich nur dann, wenn jeder bei sich selber anfängt umzudenken. Nicht nur in Bereichen, die nicht wehtun, weil sie die Lebensqualität nicht beeinflussen, sondern wirklich auch an solchen Stellen, an denen man sich letztlich einschränken muss. Interessant ist, dass die Bevölkerung in allen Umfragen den Klimawandel als die größte Herausforderung sieht. Im Alltag schlägt sich diese Erkenntnis dann nur noch wenig nieder.

Wie wollen Sie das ändern?

Wir müssen die Thematik so aufbereiten, dass der Einzelne erkennt, wo er seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Wir müssen den Bürgern aber auch klarmachen, dass einige Einschränkungen sicher kommen werden. Es beginnt wirklich mit Kleinigkeiten: Stand-by-Geräte ganz ausschalten oder auch den Netzstecker ziehen, für kleine Strecken zu Fuß gehen oder das Fahrrad nehmen und nicht das Auto. In Ballungsräumen die S-Bahn als bevorzugtes Verkehrsmittel nutzen. Und wenn ich ein Eigenheim habe, sollte ich überlegen, ob Solarthermie oder eine andere Form der erneuerbaren Energien in Frage kommt. So bekommt man relativ schnell ein rundes Paket.

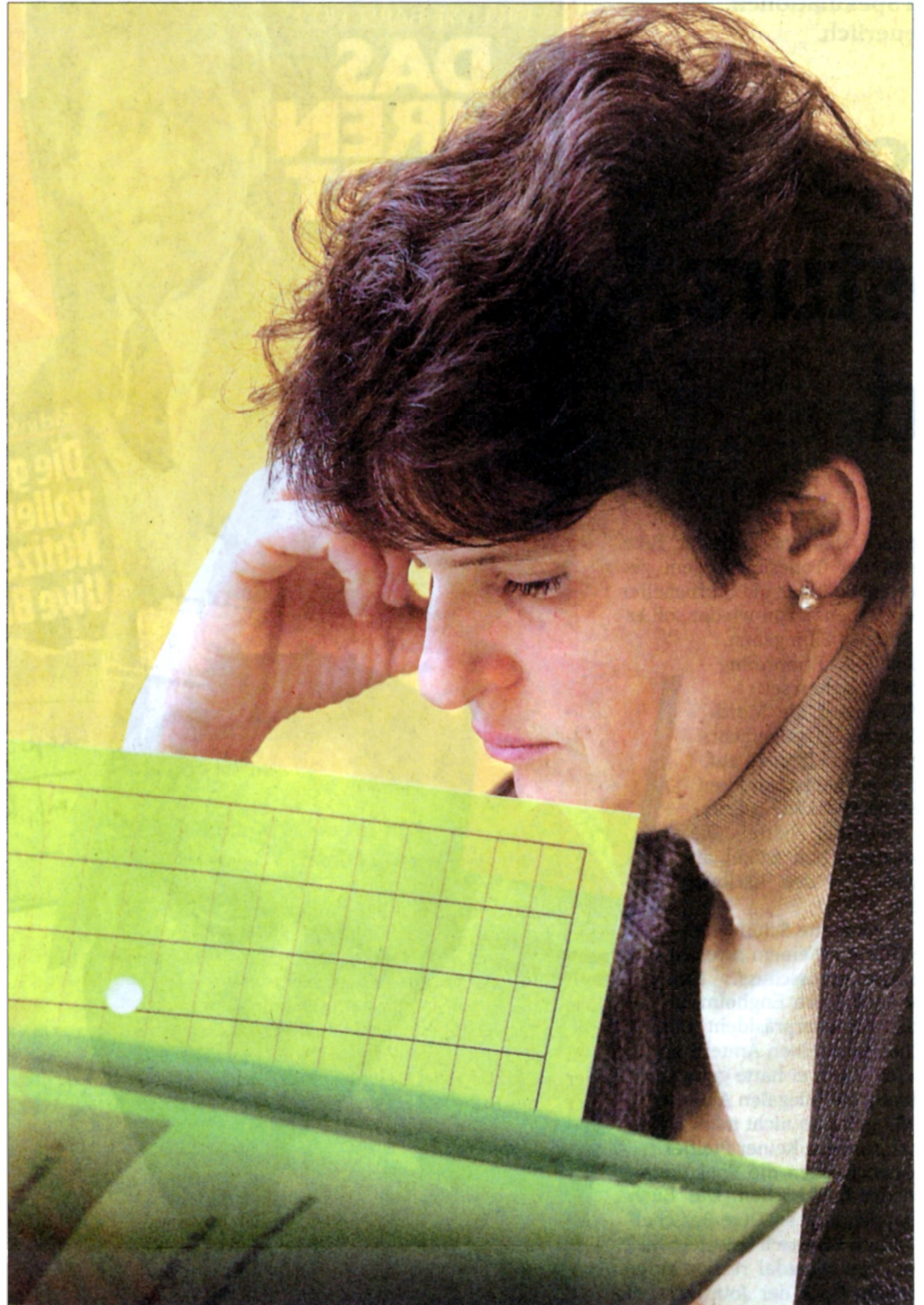
Warum gibt es keine strengeren Vorschriften, in Neubauten sämtliche Möglichkeiten des Energiesparens und alternative Energieträger zu nutzen?

Seit Ende der 70er Jahre gibt es Regelungen zur Energieeinsparung, die schrittweise weiterentwickelt wurden – mit Vorgaben für den Standard, dem ein Neubau entsprechen

In Heiligendamm hantierten die G-8-Chefs mit abstrakten Zahlen. Ob die diskutierten Quoten wirklich das Klima retten, wird sich zeigen, wenn die Bürger zum rigorosen Energiesparen aufgefordert werden. Veränderungen brauchen ihre Zeit, sagt die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner.

Die Aktenlage bei der Klimaschutzpolitik ist komplex. Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) muss dabei vielerlei Interessen berücksichtigen.

Bild: Poller



muss. Aber es ist richtig, es gibt viele, die diese diversen Regelungen nicht kennen. Und es werden weitere Energiesparvorschriften hinzukommen. Weil die Bundesregierung nicht vorankommt, bereiten wir zurzeit ein Erneuerbares-Wärme-Gesetz vor. In Zukunft sollen bei Neubauten 20 Prozent der Wärmegewinnung aus erneuerbaren Energien kommen. Technisch etwas schwieriger gestaltet sich die Frage, wie wir das auch bei Altbauten hinbekommen.

Die Förderung erneuerbarer Energieträger kostet Geld. Im Moment sprudeln zwar die Steuereinnahmen, doch angesagt ist Haushaltssanierung. Ist das für Ihre Politik nicht schädlich?

Obwohl wir im Februar einen Sparhaushalt verabschiedet haben, ist es gelungen, die Mittel für den Klimaschutz um 5,5 Millionen Euro zu erhöhen. Ich war damals sehr zufrieden, weil viele Kabinettskollegen deutlich größere Einsparungen erbringen mussten, um dem Ziel der Nullverschuldung näher zu kommen. Ich bin so jung, dass ich den Wunsch habe, es zu schaffen, die öffentlichen Haushalte in ein Lot zu bekommen, da ansonsten Politik irgendwann gar nicht mehr möglich ist. Außerdem muss man sehen, dass sich viele Programme auf Bundesebene ergänzen. Wir haben jedenfalls

mit dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz ein Instrument, um das uns viele Länder in Europa beneiden. Es hat dazu geführt, dass wir in Deutschland diesen Boom bei den erneuerbaren Energien haben.

Vieles bleibt freiwillig. Beim Klima- und Umweltschutz scheint die Politik dem Bürger nicht ernsthaft auf die Füße treten zu wollen. Eine Maut für die Innenstadt getraut sich doch niemand zu fordern.

Politik hat die Aufgabe, erkannte Probleme zu lösen. Dafür hat sie eine Vielzahl von Instrumenten: Es gibt das Ordnungsrecht mit Geboten und Verboten, und es gibt die Möglichkeit, Anreize zu schaffen. Letzten Endes ist es Aufgabe der Politik, zu überlegen und zu entscheiden, welches dieser Instrumente eingesetzt wird. Beim Erneuerbaren-Wärme-Gesetz arbeiten wir mit einer Vorschrift, verbinden dieses aber zugleich mit einem Anreiz, nämlich mit einem Förderprogramm über Zinsverbilligungen, das wir zum 1. Juli starten. Anreizmodelle sind sicher wirkungsvoll, wobei diese nicht immer aus dem direkten Einsatz finanzieller Mittel bestehen müssen.

Anreize statt Verbote – ist das Ihr Weg zu einem besseren Klimaschutz?

Wir müssen beim Klimaschutz ganz neue

Wege gehen. Aber weil es neue Wege sind und weil Sie bei allem die Bevölkerung mitnehmen müssen, nimmt die Diskussion etwas Zeit in Anspruch. Selbst wenn am Anfang Gegenwind herrscht, müssen Sie am Ende die Bevölkerung von Ihrer Sache überzeugen haben.

Anreize, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, werden seit Jahren zurückgefahren. Den Anreiz, das Auto wegen hoher Spritpreise stehen zu lassen, schafft die Ölindustrie, nicht die Politik.

Der Individualverkehr nimmt stetig zu, das stimmt. Der Fahrzeugbestand ebenso. Ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern, wie gefordert, ist sicher nicht die große Lösung. Im Gesamtstraßenverkehrsbereich würde dies den CO₂-Ausstoß gerade um 0,3 Prozent reduzieren. Wir müssen auch da aufpassen, dass wir nicht eine Alibidebatte führen. Das ist genau die Gefahr, in der wir derzeit sind. Deswegen ist aus meiner Sicht die konsequente weitere Reduzierung des Spritverbrauchs bei den Fahrzeugen notwendig. Wir müssen uns ebenso Gedanken über den Flugverkehr machen. Und es ist in der Tat richtig, die Frage des Umgangs mit dem öffentlichen Personennahverkehr wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre sein. **Das Gespräch führte Uwe Roth**